

»Ein Anschlag ist zu erwarten«

Die deutschen Behörden wussten sehr viel über den Tunesier Anis Amri. Eigentlich fast alles. Trotzdem konnte er kurz vor Weihnachten in Berlin einen Lastwagen in seine Gewalt bringen und zwölf Menschen töten. Rekonstruktion eines Staatsversagens

Von Mohamed Amjahid, Daniel Müller, Yassin Musharbash, Holger Stark und Fritz Zimmermann, DIE ZEIT Nr. 15 / 06.04.2017

Am 17. Februar 2016 versammeln sich in Berlin-Treptow 17 Männer und Frauen zu einer geheimen Besprechung. Sie reden über die Terrorgefahr in Deutschland, über mögliche Anschläge. Wenn ihre Zusammenkunft anders verlaufen wäre, würden zwölf Menschen vielleicht noch leben.

Das Treffen, für 10.30 Uhr angesetzt, findet in einer ehemaligen preußischen Kaserne statt, zweiter Stock, Raum A242, ein gesichtsloses Tagungszimmer. Hier residiert das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum, kurz GTAZ, Deutschlands Antwort auf den 11. September 2001: ein zentraler Ort für alle Behörden, die Terroristen jagen. Das GTAZ ist Herz und Hirn der deutschen Terrorabwehr. Die Beamten fassen Beschlüsse, die über Leben und Tod entscheiden, sie gehen Listen mit potenziellen Attentätern durch. Auf einer dieser Listen steht an diesem Vormittag der Name Anis Amri.

Amri ist 24 Jahre alt, ein Asylbewerber aus Tunesien, die Fotos in den Akten zeigen einen jungen Erwachsenen mit dunklen Locken. Wie er sind in den vergangenen Jahren Hunderttausende Männer aus arabischen Staaten nach Europa gekommen, die allermeisten friedlich gesinnt. Ist Amri anders, ein Terrorist? Das ist die Frage, die sich die Beamten stellen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Amri werbe dafür, »gemeinsam mit ihm islamistisch motivierte Anschläge zu begehen«, und plane, sich in Frankreich »großkalibrige Schnellfeuergewehre« zu besorgen; mit diesen Worten hat ein paar Tage zuvor ein V-Mann aus Nordrhein-Westfalen die Ermittler gewarnt. »Die töten jeden Tag Muslime, also muss ich die auch töten«, das soll Amri gesagt haben.

An der GTAZ-Sitzung in Berlin nehmen auch vier Polizisten aus Nordrhein-Westfalen teil. Sie sind beunruhigt. Sie glauben ihrem Informanten. »Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass Amri seine Anschlagplanungen ausdauernd und langfristig verfolgen wird«, notieren sie nach der Sitzung in Berlin in einem Vermerk.

Ihre Kollegen vom Bundeskriminalamt (BKA) hingegen reagieren kühler auf die Warnung. Die Runde verständigt sich lediglich darauf, den Fall »ernst zu nehmen«: Das BKA soll eine Bewertung erstellen, in der es später im Beamtendeutsch heißen wird, »der Eintritt eines gefährdenden Ereignisses im Sinne eines durch Amri geplanten Anschlags« sei als »eher unwahrscheinlich« einzuschätzen. Eher keine Gefahr also. Das wird von nun an die offizielle Einschätzung des GTAZ sein. Das Schriftstück ist fünf Seiten lang, auf den 29. Februar 2016 datiert und bis heute als »geheim« gestempelt, die ZEIT konnte es einsehen. Zwei Behörden, zwei Sichtweisen.

Die Tragik ist, dass sich die falsche Sichtweise durchsetzt – und nie wieder korrigiert wird.

Die nordrhein-westfälische Bewertung dagegen kommt der Wirklichkeit sehr nahe. Zehn Monate später, am 19. Dezember 2016, erschießt Anis Amri in Berlin einen polnischen Fernfahrer, fährt mit dessen Lastwagen über den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz und richtet ein Blutbad an. Zwölf Menschen sterben, Amri bekennt sich im Namen des »Islamischen Staates«.

Mit dem Anschlag von Berlin endet für die Bundesrepublik eine Phase des relativen Glücks. Während in Großbritannien, Spanien, Frankreich, Belgien immer wieder Bomben explodierten und Terroristen um sich schossen oder Menschen überfahren, war Deutschland von größeren islamistischen Anschlägen verschont

geblieben. Zwar gab es Attentatspläne wie jenen der Sauerland-Gruppe, die einen Sprengsatz am Frankfurter Flughafen zünden wollte. Auch eine Terrorzelle, die vorhatte, Handgranaten in das Jüdische Museum in Berlin zu werfen. Und Al-Kaida-Mitglieder, die in Düsseldorf eine Bombe hochgehen lassen wollten. Aber da war eben auch das GTAZ, da war jener Raum A242, in dem sich Polizei und Verfassungsschutz versammelten und rechtzeitig einschritten, wenn es ernst wurde.

Die Todesfahrt vom Breitscheidplatz hat dem Land die Unbefangenheit genommen. Es fällt den Deutschen jetzt schwerer, sorglos über Weihnachtsmärkte und Volksfeste zu schlendern. Der Anschlag, er hat die vermeintliche Gewissheit erschüttert, dass die deutsche Terrorabwehr funktioniert. Dass dieses fein differenzierte Kapillarsystem des deutschen Föderalismus mit seinen 36 Polizeien und Geheimdiensten die beste aller Lösungen ist. Im Fall von Anis Amri hat dieses System, hat der Staat versagt.

Wie konnte es dazu kommen? Und wie lässt sich verhindern, dass sich ein solcher Fehler wiederholt?

Drei Monate lang hat ein Team von ZEIT- Journalisten den Anschlag und seine Vorgeschichte untersucht. Reporter sind nach Tunesien zu Amris Familie gereist, nach Italien, wo Amri zum ersten Mal europäischen Boden betrat, und nach Polen, zur Beerdigung des Lastwagenfahrers Łukasz Urban. Sie haben mehrere Tausend Seiten Ermittlungsakten, Observationsprotokolle und Geheimdienstvermerke ausgewertet, aus Deutschland und aus Marokko, wo die Behörden besonders besorgt waren wegen Amris Nähe zum IS. Zudem hat die ZEIT mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und dessen nordrhein-westfälischem Kollegen Ralf Jäger (SPD) gesprochen sowie mit Ermittlern von Landes- und Bundesbehörden; manche von ihnen hatten an den entscheidenden Sitzungen teilgenommen.

Die Recherchen zeichnen das Bild eines Sicherheitsapparates, der nach dem 11. September 2001 neu konstruiert wurde, dessen Architektur aber nur noch schlecht in die heutige Zeit passt.

Am Morgen des 18. Februar 2016, am Tag nach der Besprechung im GTAZ, wirft sich Anis Amri in Dortmund zwei Rucksäcke über die Schulter, in denen er seine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Sachen verstaubt hat, kauft eine Fahrkarte und setzt sich in einen Fernbus nach Berlin. Als der Bus Dortmund verlässt, bitten die nordrhein-westfälischen Polizisten, die Amri observieren, ihre Kollegen in der Hauptstadt, Amri unauffällig zu überwachen. Die Berliner entscheiden sich anders: Sie fangen Amri am Zentralen Omnibusbahnhof ab, nehmen ihn mit aufs Landeskriminalamt, fotografieren ihn, speichern seine Fingerabdrücke und konfiszieren sein Handy. Die Düsseldorfer Polizisten sind verärgert: Nun ist der Tunesier gewarnt.

Für Gefährder wie Amri, also Personen, denen die Behörden eine Gewalttat zutrauen, ist nicht das BKA zuständig, sondern das Landeskriminalamt des jeweiligen Bundeslandes, in dem der Gefährder wohnt. Zuständig für Amri ist also mal Nordrhein-Westfalen, mal Berlin, je nachdem, wo er sich aufhält.

Und Amri zieht häufig um. Von der Kleinstadt Emmerich am Rhein nach Dortmund und nach Oberhausen, nach Berlin und wieder zurück, von Moschee zu Bekannten zu Moschee. Immer wenn es so aussieht, als habe er das Bundesland gewechselt, bucht ihn das LKA in Nordrhein-Westfalen aus und das in Berlin ein, oder andersherum. Studiert man die Akten, wird man den Eindruck nicht los, dass jedes Mal ein Seufzer der Erleichterung in einer Amtsstube erklingt, wenn Amri wieder einmal fortgezogen ist.

Anfang März 2016 stoßen Ermittler bei der Auswertung von Amris Handydaten auf eine Unterhaltung, die er am 2. Februar mit zwei Islamisten über das Chatprogramm Telegram geführt hat. Die beiden Männer nutzten libysche Handynummern und befanden sich offenbar in der Nähe der libyschen Stadt Sirte. Er wolle eine Schwester ehelichen, meldet Amri. Als sein Gegenüber nicht sofort begreift, raunt er, es gehe um dugma, was in der Szene für »Auslöser« steht. Laut BKA wird der Begriff von Islamisten als Synonym für einen Selbstmordanschlag verwendet.

Nun hat sein Gegenüber verstanden. Amri solle das Wort nie wieder benutzen, rügt ihn der Mann in einer Audiobotschaft, die er verschickt. Sie vereinbaren eine Sprachregelung: Amri möge einer Kontaktperson in Deutschland ausrichten, »er wolle der Religion Gottes dienen, egal mit welchen Mitteln«, der Mann werde ihn zu einem anderen Bruder bringen »und ihn dirigieren«. Und Vorsicht am Telefon, warnt der

Mann in Libyen noch, bloß nicht die Familie daheim anrufen, die tunesischen Behörden lägen auf der Lauer. Im Hintergrund sind Schüsse zu hören. Gott werde sie im Paradies vereinen, das sind die letzten Worte des Kämpfers, dessen Nummer Amri unter einem Eintrag abgespeichert hat, der ahnen lässt, für wen der Mann schießt: »MalekISIS«.

Als die Ermittler die Audiodateien auf Amris Handy hören, notieren sie: Amri kündigt »verklauusliert an, dass er in Deutschland sei, um ein Selbstmordattentat auszuüben«.

Spätestens jetzt, im März 2016, hätte allen Beteiligten klar sein können, dass der V-Mann keinen Unsinn erzählt hat, dass die Bewertung der nordrhein-westfälischen Polizisten stimmt, nicht die des BKA. Dass Amri nicht nur ein Anhänger des IS ist, sondern auch gut vernetzt. Und zu allem entschlossen.

Die beiden Männer in Libyen, mit denen Amri chattete, waren Tunesier, vielleicht kannte Amri sie aus seiner Heimat. In Emmerich hat er im Flüchtlingsheim Fotos von schwarz gekleideten Kämpfern herumgezeigt. Das seien Verwandte, behauptete er damals, Cousins, Onkel, angeblich alle beim IS.

Aus was für einer Familie stammt er? Begann seine Radikalisierung erst in Italien und Deutschland – oder schon in Tunesien?

Als Krimineller in Tunesien und Italien

»Zu Hause bei uns war Anis vor allem ein verwöhntes Mama-Söhnchen«, sagt Walid Amri, 30, einer von Anis' älteren Brüdern, sechs Jahre trennen die beiden, sie waren vier Söhne und fünf Töchter. Anis habe im Rahmen bescheidener Verhältnisse alles bekommen, was er nur wollte, sagt Walid. Er sitzt in einem Café am Rande eines Ackers mit weidenden Schafen, etwa eine Autostunde südlich der Hauptstadt Tunis, der Kellner serviert grünen Tee mit Minzsirup.

In den Tagen nach dem Anschlag stand die Familie auf einmal als Terrorclan im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit. Walid Amri sagt, er wolle nicht als der »Bruder des Terroristen« in die Geschichte eingehen, das sei ihm wichtig. Er ist ein höflicher Mann, der ein stilles Leben führt und sein Geld damit verdient, Viehfutter zu transportieren.

Die Brüder, sagt Walid, hätten Anis regelmäßig Scheine zugesteckt, die Mutter habe darum gebeten. Anis habe sich mit falschen Freunden umgeben, habe Hasch geraucht, er stahl ein Auto, die Polizei erwischte ihn. »Er war ein Kleinkrimineller«, sagt Walid. Einer, den in der Heimat das Gefängnis erwartete.

Im Jahr 2011, Anis Amri war gerade volljährig geworden, nutzte er die Wirren der tunesischen Revolution, um sich der Justiz zu entziehen. Er kratzte Geld für die Schlepper zusammen, die ihn auf die italienische Insel Lampedusa brachten. Von einem Münztelefon eines italienischen Auffanglagers rief er bei der Familie an. Wenig später verurteilte ihn ein Gericht in Tunis in Abwesenheit zu vier Jahren Haft.

Glaukt man die Geschichte des Bruders, dann war Anis Amri ein junger Mann auf Abwegen, verwöhnt und planlos – aber kein angehender Terrorist. Erst in Europa ist demnach der harte Stoff hinzugekommen: Koks, Amphetamine, Hass.

Anis Amri sei klar gewesen, dass er in Europa nie als Flüchtling anerkannt werden würde, sagt sein Bruder. »Sein Plan war: möglichst viel Geld sammeln und dann zurück nach Tunesien«, sagt Walid. Die Familie habe sogar einen Anwalt eingeschaltet, damit Anis Amri ein Teil der Haftstrafe erlassen werde – für einen neuen Anfang in der alten Heimat.

Womöglich aber begann Anis Amris Radikalisierung doch schon in Tunesien, auch wenn sein Bruder und die Eltern das nicht hören wollen. Darauf deutet Amris enge Beziehung zu seinem Neffen Fadi hin, der inzwischen im Hochsicherheitsgefängnis von Tunis sitzt, unter dem Verdacht, von dem Anschlag in Berlin gewusst zu haben. Bis kurz vor der Amokfahrt am Breitscheidplatz sollen die beiden Nachrichten ausgetauscht haben. Gestützt wird diese These durch den marokkanischen Geheimdienst. Demnach habe Amri bereits in Tunesien versucht, sich dem IS anzuschließen, er sei von den tunesischen Behörden deswegen sogar gesucht worden.

Am 4. April 2011 landet Anis Amri auf Lampedusa. Einen Tag später wird er bei der Polizei registriert. Auf dem Foto sieht man einen lächelnden jungen Mann, der optimistisch in die Kamera blickt, bereit für ein neues Leben. Es beginnt mit einer Lüge.

Amri hat gehört, dass minderjährige Flüchtlinge leichter eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen. Er gibt bei der Polizei ein falsches Geburtsdatum an, demnach ist er erst 16 Jahre alt. Von Lampedusa aus geht es weiter nach Sizilien, mit sechs anderen Tunesiern wird er in einem katholischen Wohnheim für Jugendliche einquartiert. Es liegt in Belpasso, einem Ort am Fuße des Vulkans Ätna. Amri gehört zu den ersten Migranten, die hier untergebracht werden.

Die Regeln im Wohnheim sind streng. Die Tunesier müssen um acht Uhr morgens aufstehen, um acht Uhr abends zu Hause sein, um halb elf ist Bettruhe. Amri habe wenig geredet, sagt der damalige Leiter der Einrichtung. Tagsüber habe Amri bei einem Reifenservice im Ort ausgeholfen, abends auf der Playstation gespielt, manchmal gebetet.

An den Wochenenden aber rauchen und trinken Amri und die anderen, obwohl Alkohol und Zigaretten im Wohnheim verboten sind. Sie provozieren ihre Gastgeber, hängen die Kreuze von den Wänden ab. Einmal installiert Amri eine schwarze Flagge mit arabischen Schriftzeichen als Bildschirmhintergrund auf einem der Computer des Wohnheims, es ist das Symbol der Kämpfer des »Islamischen Staates«.

Nach einem halben Jahr, am 23. Oktober 2011, rastet Amri aus. Wieder mal ist er betrunken. Gemeinsam mit anderen Tunesiern schlägt er nach einem Streit einen Sozialarbeiter zusammen und zündet Betten in der Unterkunft an. Ein Gericht verurteilt ihn zu vier Jahren Haft.

Pierelisa Rizzo lernt Anis Amri 2013 in der Kleinstadt Enna kennen, im Gefängnis probt sie als freiwillige Helferin mit den Häftlingen ein Musical: Rinaldo in Campo, eine Liebesgeschichte. Amri trommelt auf Bongos. Vier Monate hätten sie geübt, sagt Rizzo, manche der Gefangenen hätten von ihrer Heimat erzählt. Amri sei verschlossen geblieben.

Die Haft verbringt er in sechs verschiedenen Gefängnissen. Immer wieder greift er Mitgefangene und Wärter an und wird verlegt. Amri ist nicht nur der stille Einzelgänger, als den ihn viele Gesprächspartner beschreiben. Er ist auch ein Schläger. Allein in den drei Wochen Untersuchungshaft im Herbst 2011 ist er in vier Prügeleien verwickelt.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Amri sei in Haft vollkommen aufgelöst gewesen, sagt seine damalige Anwältin. Er habe gewusst, dass er durch seine Verhaftung jede Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung verspielt hatte. Die Schuld habe er aber nicht bei sich selbst gesucht, sagt die Anwältin: »Schuld waren immer die anderen.«

Nach seiner Entlassung am 18. Mai 2015 wird Amri in ein Abschiebezentrum in der sizilianischen Stadt Caltanissetta geschickt. Der italienische Staat bittet Tunesien, Amri zu identifizieren und wieder aufzunehmen. Doch die tunesischen Behörden reagieren nicht – genau wie später auch bei Anfragen aus Deutschland. Nach 30 Tagen, das ist die Rechtslage, müssen die Italiener Amri aus der Abschiebehafentlassen, wenn keine gültigen Papiere vorliegen.

Am 17. Juni 2015 ist Anis Amri ein freier Mann. Und macht sich in einer Gruppe von Tunesiern auf den Weg nach Deutschland.

Es gibt eine europäische Datenbank für Asylbewerber namens Eurodac, in der Fingerabdrücke gespeichert werden, aber keine Fotos und biografischen Informationen. Es gibt das Schengen-Informationssystem, in dem Daten zu Personen gespeichert werden, aber keine Fingerabdrücke. Und es gibt Staaten wie Italien, die Amris Fingerabdrücke nicht in die Datenbank einspeisen und Problemfälle wie ihn möglichst schnell loswerden wollen, egal wohin, Hauptsache, er ist weg.

Als Tellerwäscher in Deutschland

So kommt es, dass Anis Amri im Sommer 2015 als scheinbar unbescholtener Flüchtling in Freiburg registriert und dann nach Berlin geschickt wird, von wo es weitergeht nach Dortmund und schließlich nach Emmerich. Dort bezieht Amri ein Bett in einer Gemeinschaftsunterkunft. Anders als die meisten Flüchtlinge findet er schnell einen Job: In einem Restaurant mit Rheinblick fängt er als Tellerwäscher an. Ein anderer Flüchtling, der ihn damals erlebt, beschreibt ihn als jungen Mann mit einer hervorstechenden Eigenschaft: »Anis war immer wütend.«

Wütend auf die Welt, auf sein Leben, auf dieses Land, das ihn von einer Stadt in die nächste schickt. Wieder ist alles die Schuld der anderen.

Ein Indiz dafür, dass Amris Gedanken bereits damals angefüllt sind mit Hass, ist sein schnelles Eintauchen in die salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen und

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Niedersachsen. Mindestens 15 Moscheen besucht er regelmäßig, die meisten davon in Dortmund. Das LKA wird später notieren, er sei in einigen Gebetshäusern sogar als Vorbeter aufgetreten – was die Moscheebetreiber bestreiten. »Alle Europäer sind gottlos«, zürnt er gegenüber einem Bekannten. Wenig später wird er erwischt, wie er seinen Mitbewohnern zwei Samsung-Galaxy-Handys stiehlt.

Rückblickend betrachtet wirkt es, als habe Amri eine imaginäre Landkarte der deutschen Islamistszene vor Augen gehabt, die er zielgerichtet abreiste. Gäbe es diese Landkarte, wäre Hildesheim darauf dick markiert, genauer: eine Moschee in der Martin-Luther-Straße. In dieser Moschee predigt ein Mann, den die Sicherheitsbehörden für den Chefideologen des IS in Deutschland halten: ein Iraker namens Abu Walaa, der ein großes Netzwerk kommandiert und später festgenommen wird.

Amri arbeitet in Hildesheim bei einem Pizza-Bringdienst als Fahrer, rund 30 Stunden im Monat. Dem Betreiber des Imbisses stellt er sich als Austauschstudent aus Ägypten vor, der sich ein bisschen Geld hinzuverdienen wolle. Der Neue sei kein besonders netter Kerl gewesen, erinnert sich der Pizzabäcker, nach ein paar Wochen sei er einfach nicht mehr zur Arbeit erschienen.

In Abu Walaas Umfeld hat die Polizei einen Spitzel platziert, der erstmals am 19. November 2015 von Amri berichtet: Es gebe da einen Mann namens Anis, der »hier etwas machen« wolle.

Der Spitzel ist ein etwas fülliger Mann Ende 30 mit dichtem schwarzem Haar. Schon seit 2004 ist er als V-Mann im Einsatz, zunächst mehrere Jahre im Mafia- und Drogenmilieu. Seit 2011 gilt er beim LKA als zuverlässigster Zuträger aus der salafistischen Szene. Regelmäßig ist er zu Gast bei Abu Walaa und dessen Stellvertreter Boban S., einem studierten Chemie-Ingenieur, den sie in der Szene »den Serben« nennen. »Sie wollen auch hier einen ›Islamischen Staat‹ haben«, berichtet der Spitzel den Beamten, neben der Unterstützung des »Kalifats« sei das Einführen der Scharia in Deutschland »auch mit Mitteln der Gewalt ihr großes Ziel«.

Der V-Mann nimmt Amri manchmal im Auto mit. Amri habe damit geprahlt, er könne »problemlos eine Kalaschnikow in Napoli besorgen«, sagt der V-Mann, der sich

heute im Zeugenschutzprogramm befindet. Wiederholt habe Amri davon gesprochen, »Anschläge zu begehen«. Offenbar wird er mehrfach zu persönlichen Audienzen bei Abu Walaa geladen, wohl um sich Tipps zu holen »für eine Ausreise in den ›Islamischen Staat‹«. Das LKA erwirkt beim Generalbundesanwalt die Erlaubnis, Amri zu überwachen. Er ist jetzt voll im Visier des Staates.

Kurz vor Weihnachten 2015 veranstaltet »der Serbe«, Abu Walaas Stellvertreter, für seine Schüler einen Gewaltmarsch. Auch Amri ist dabei. 16 Kilometer weit läuft die Gruppe mit schwerem Gepäck auf dem Rücken, »zur Vorbereitung auf die Ausreise in den ›Islamischen Staat‹«, wie der Informant erzählt. Amri marschiert durch Deutschland, als wäre er ein Bundeswehrsoldat. Doch er leistet eine andere Art des Wehrdienstes: Sein Krieg ist der Dschihad.

Einer, der Amri aus dieser Zeit kennt, beschreibt ihn als sehr gläubigen Muslim, der »an den Lippen des ›Serben‹ hing«. Aber Amri habe »so seine Ticks« gehabt, er sei aufbrausend, manchmal »richtig aggressiv« gewesen, wenn ihm etwas nicht gepasst habe. »Er hat sich dann immer wieder selbst kräftig auf den Oberschenkel geschlagen und rumgeschrien.«

Amri wechselt damals zwischen Hildesheim und dem Ruhrgebiet hin und her. In Dortmund hat der »Serbe« im ersten Stock eines graublauen Gründerzeithauses einen Gebetsraum eingerichtet. Amri verbringt hier viel Zeit. Mitunter schläft er in dem Haus und verlässt es 36 Stunden am Stück nicht. Er hat sogar einen eigenen Schlüssel.

Es sind diese Monate Ende 2015 und Anfang 2016, in denen sich Anis Amri mit Ideologie vollsaugt. Mehrfaches Gebet am Tag, intensives Koranstudium, tagsüber verkauft er auf einem Trödelmarkt Parfum; es ist halal, nach muslimischen Maßstäben rein. Vieles spricht dafür, dass sein Entschluss, einen Anschlag zu begehen, in dieser Zeit reift. Europa ist jetzt Feindesland.

Drei Wege, um Amri loszuwerden

Es hätte, juristisch betrachtet, drei Wege gegeben, Anis Amri zu stoppen. Man hätte ihn, erstens, als potenziellen Terroristen verhaften können, aber die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen leitete, tat es nicht, weil sie dafür nicht genug Beweise sah. Man hätte ihn, zweitens, wegen all der Straftaten festnehmen

können, die er in den rund eineinhalb Jahren in Deutschland beging: Körperverletzung, Angabe falscher Identitäten, Drogenhandel, Erschleichung von Sozialleistungen.

Und drittens hätte man ihn abschieben können.

In Artikel 58a des Aufenthaltsgesetzes ist festgeschrieben, dass ein Land »auf Grund einer auf Tatsachen gestützten Prognose zur Abwehr einer besonderen Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder einer terroristischen Gefahr ohne vorhergehende Ausweisung eine Abschiebungsanordnung erlassen« kann. Der Artikel klingt wie gemacht für Anis Amri.

Im März 2016 schickt das LKA Nordrhein-Westfalen einen Vermerk an das Landesinnenministerium. Nach Ansicht der Ermittler ist »die Begehung eines terroristischen Anschlags durch Amri zu erwarten«. Eine Abschiebung halten die Beamten für »verhältnismäßig«. Dem zuständigen Abteilungsleiter im Ministerium aber erscheinen die Erfolgsaussichten als zu vage, die Gerichte stellen hohe Anforderungen, bevor sie eine Abschiebung tatsächlich genehmigen.

Auch im GTAZ glaubt niemand an die Wirksamkeit des Artikels 58a. Denn wie damals in Italien reagieren die tunesischen Behörden nicht auf Anfragen bezüglich Amris Identität. Und ohne offizielle Papiere keine Abschiebung.

Es ist nichts Neues, dass sich dieses Gesetz als wirkungslos erweist. Im Gegenteil, es wäre das erste Mal gewesen, dass der Artikel 58a tatsächlich Kraft entfaltet. Das Gesetz wurde im Jahr 2004 als Reaktion auf den 11. September eingeführt, für genau solche Fälle wie Amri. Doch jahrelang wurde es nicht angewandt, irgendetwas sprach immer dagegen. Der Artikel existierte nur auf dem Papier.

Inzwischen ist Anis Amri nicht nur im Ruhrgebiet und in Niedersachsen unterwegs, er fährt auch regelmäßig nach Berlin. Seit der Kontrolle am Busbahnhof weiß er, dass die Polizei ihm auf der Spur ist. Er sei sehr aufmerksam, schaue sich ständig um, heißt es in den Observationsberichten, ohne ersichtlichen Grund wechsele er mehrfach die Straßenseite.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Immer wieder läuft Amri durch Bahnhöfe und Einkaufszentren – offenbar in der Hoffnung, die Beamten abzuschütteln. Aus U-Bahn-Zügen steigt er unerwartet aus und wieder ein, er drängt sich durch Menschenansammlungen. Amri zeige eine »Konspirativität, die über das normale Maß hinausgeht«, notieren die Überwacher. Ist es also wirklich überraschend, dass die Ermittler beim Abhören seiner Telefone wenig Verdächtiges zutage fördern?

Die Behörden sind überfordert. Tausende Seiten Papier, rund ein Dutzend unterschiedliche Namen, sieben Facebook-Profile, haufenweise Anträge auf Sozialhilfe. Ein Mitarbeiter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums bekundet: »Ich kann einen leichten Ärger nicht verhehlen, wenn ich sehe, wie der uns vorführt.«

Eine Beamtin des LKA schreibt unter dem Betreff »Aufenthalt Amri«: »Auch wenn diesen Namen wohl keiner mehr lesen/hören mag, er ist wieder in NRW.« In der Causa Amri, schreibt sie in einer weiteren Mail, »geht auch nach wie vor alles an uns vorbei«. Wenige Tage später heißt es dann: »In dieser Sache wundert mich einfach nichts mehr.« Eine Beamtin des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nennt ihn sarkastisch »Unser Anus«.

Und dann ist da das Problem der Zuständigkeit. Mit seinem Pendeln zwischen Berlin und Nordrhein-Westfalen macht Amri den föderalen Rechtsstaat verrückt. »Es wäre nun sachlogisch, wenn der bei uns befindliche Prüfungsauftrag hinsichtlich begleitender Maßnahmen zur Beendigung des Aufenthaltes ebenso an Berlin übergeben wird«, schreibt ein hochrangiger Ministerialbeamter in Düsseldorf am 7. März 2016. »Wenn alle alles richtig gemacht hätten, hätten die Berliner schon den Fall.«

Aber: Die Berliner schieben Amri nicht ab, auch deshalb, weil er drei Wochen später zurück in Oberhausen ist. Er ist wieder ein Fall für Nordrhein-Westfalen. Ein ratloser Beamter im Düsseldorfer Innenministerium fragt: »Was können wir denn jetzt anstellen, dass wir die ganzen Vorgänge zusammengeführt bekommen?«

Nichts, das wäre die ehrliche Antwort. Denn es gibt im deutschen Föderalismus keinen Mechanismus, der bei Fällen wie Amri greift. Es gibt die Sitzungen in Berlin-Treptow im GTAZ, aber dort geht es ausschließlich um Terrorverdacht. Es gibt eine

ähnliche Einrichtung für Asylfälle namens »Arbeitsgruppe Status«, dort geht es ums Ausländerrecht. Das BKA ist zwar die größte deutsche Polizeibehörde, aber laut Gesetz nicht zuständig. Es ist erst dann verantwortlich, wenn die Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren einleitet und damit das BKA betraut.

Und dann ist da noch der Verfassungsschutz, der aus 16 Landesbehörden und einer Bundesbehörde besteht. Am 19. Februar 2016, einen Tag nachdem Amri am Berliner Busbahnhof kontrolliert wurde, treffen sich die 17 Behördenchefs in Köln zu einer geheimen Sondersitzung. Sie sprechen über ein Thema, das im Rückblick wie Hohn erscheint: Wie soll der Verfassungsschutz mit Islamisten verfahren, die über Landesgrenzen hinweg aktiv sind? Man könnte denken, die Geheimdienstchefs hätten Amri vor Augen gehabt, als sie die Tagesordnung festlegten.

Doch Amri ist offiziell nicht nur als Islamist gelistet, sondern als Gefährder, und die sind laut Gesetz Sache der Polizei. Die Verfassungsschützer sitzen mit im GTAZ, sie kennen den Fall, aber in einer Situation, in der es entscheidend gewesen wäre, Amris Gedanken zu verstehen, beschließen sie, damit nichts zu tun zu haben. Irrsinn? Irrsinn.

Allerdings hätte dem Staat noch immer die Möglichkeit Nummer 2 offengestanden, den Tunesier aus dem Verkehr zu ziehen: mit einer Verurteilung wegen Allgemeinkriminalität. Die beste Möglichkeit dafür bietet sich im Juli 2016.

Drogen und eine Messerstecherei

An einem Montag Mitte Juli um 6.30 Uhr stürmt Anis Amri mit zwei Bekannten in eine Cocktailbar in der Neuköllner Hertastraße und greift eine Gruppe Männer an. Einer seiner Begleiter sticht mit einem Dönermesser auf einen Barbesucher ein, der beinahe stirbt. Amri schlägt laut Aussage eines Zeugen einem anderen Mann mit einem Hammer ins Gesicht. Es geht offenbar um Revierkämpfe im Drogenmilieu.

Die Ermittler haben beobachtet, dass Amri in die Drogenszene eingetaucht ist und selbst Ecstasy und Kokain konsumiert. Sie haben am Telefon mitgehört, wie er bei einem Großhändler 20 Päckchen einer unbekanntenen Droge bestellt. Sie sind ihm zum Kleinen Tiergarten gefolgt, einem Umschlagplatz, der fest in der Hand von

Nordafrikanern ist. Sie haben gefilmt, wie er aus der Moschee zu einem Kunden geht und dealt. Zwischen dem Dschihad und der Sünde liegen nur wenige Schritte.

Amri und sein Komplize hätten keinen festen Wohnsitz, heißt es im Polizeibericht zu der Messerstecherei. Sie seien mehrfach wegen Drogenkriminalität aufgefallen: »Es wird daher um Erlass eines Haftbefehls gebeten«. Hätte der Staatsanwalt Amris Deliktregister gekannt – er hätte die Verfahren bündeln und zusammenführen können. Eine mehrjährige Haftstrafe wäre möglich gewesen. Es hätte keine Terrorermittlungen gebraucht, um Amri von der Straße zu holen. Aber der Staatsanwalt kennt Amris Vorgeschichte nicht, und Zeugen ziehen es vor, zu schweigen. Ein Haftbefehl wird entgegen dem Vorschlag der Polizei nicht beantragt. Amri bleibt frei.

In den Tagen nach der Messerstecherei telefoniert Amri mehrmals mit seiner Familie, er wirkt niedergeschlagen, erzählt, er wolle Deutschland verlassen. Offenbar hat das mit den Streitigkeiten in der Drogenszene zu tun: Die überfallene Cocktailbar wird laut Aussage eines Zeugen von einer arabischen Großfamilie kontrolliert. Einen solchen Angriff lässt man nicht auf sich sitzen. Amri habe Angst gehabt, sagt ein Fahnder. Und so verabschiedet sich der Tunesier von seinen Freunden in Berlin und steigt am 29. Juli 2016 in einen Fernbus nach Zürich.

Doch die Ermittler, die noch immer das Handy überwachen, kennen seine Pläne. Bei einer gezielten Kontrolle in Friedrichshafen, kurz vor der Schweizer Grenze, wird Amri festgenommen. Er hat zwei gefälschte italienische Ausweise bei sich, 281,42 Euro in bar, sein Samsung-Klapphandy und einen Joint.

Amri will Deutschland verlassen. Aber Deutschland, das ihn loswerden möchte, lässt ihn nicht gehen. Anders als die Italiener entscheiden sich die Deutschen für die moralisch gute Lösung: Man habe den Nachbarländern nicht zumuten wollen, einen potenziellen Terroristen aufzunehmen, sagen Ermittler der ZEIT.

Und dann, als er nicht wegkommt, als er zurück nach Berlin gebracht wird, trifft Amri seine Entscheidung.

Eine tödliche Entscheidung

Im Herbst 2016 bemerken die Ermittler, dass das Rauschen in der Islamistenszene anschwillt: verdächtige Sätze in Gesprächen, kryptische Einträge in Internetforen. Massiv wie nie ruft der IS zu Anschlägen in Deutschland auf – vor allem über die Chat-App Telegram. Einige der aufpeitschenden Botschaften stammen mutmaßlich aus dem Umfeld von Abu Walaa, jenem irakischen Prediger, dem sich Amri in Hildesheim anschloss. Zufall?

Im September erhalten potenzielle Attentäter auf einem einschlägigen deutschen Telegram-Kanal eine E-Mail-Adresse, an die sie ihre »Bai'a« schicken sollen, den Treue-Eid auf den IS und seinen »Kalifen« Abu Bakr al-Bagdadi. »Achtet dabei auf eure Sicherheit und schickt diese nur unmittelbar vor der Operation zu«, heißt es. Jeder, der in den Sicherheitsbehörden mit dem Dschihadismus zu tun hat, kann spüren, dass sich etwas anbahnt. Es ist ein Wetterleuchten. Die Frage ist, wann und wo der Blitz einschlägt.

Im November erscheint im via Telegram vertriebenen IS-Magazin Rumiya eine Anleitung für Anschläge mit Lastwagen: »Fahrzeuge sind wie Messer, extrem leicht zu besorgen.« Weil sie nicht auffielen, seien sie ein probater Weg für jeden, der fahren könne, »gerechten Terror« zu verbreiten und »große Zahlen von Ungläubigen« zu töten.

Anis Amri befolgt die Anweisung, jedenfalls teilweise. Vor seinem Anschlag nimmt er ein Video auf, in dem er dem IS und dessen »Kalifen« die Treue schwört. Er steht auf der Kieler Brücke in Berlin-Moabit und spricht eine »Botschaft an die Kreuzfahrer« in sein Handy: Die Muslime würden kommen und »die Schweine« abschlachten.

Das knapp drei Minuten lange Video, das der IS nach dem Anschlag via Telegram veröffentlicht, ist allerdings irritierend. Zum einen, weil Amri Kopfhörer trägt und zwischendurch zum Himmel blickt, als lausche er. Sagt ihm jemand den Text vor?

Zum anderen, weil das Video nicht erst unmittelbar vor der Tat aufgezeichnet wurde. Die Bäume in Berlin tragen noch grüne Blätter. Eine Auswertung des Handys

wird ergeben, dass das Video am 31. Oktober oder 1. November 2016 aufgenommen wurde.

Fast sechs Wochen lang ist Anis Amri also noch durch Berlin gelaufen, nachdem er den Entschluss gefasst hatte, zuzuschlagen.

Über die Psyche von Attentätern ist viel spekuliert worden. Es gibt den Moment, in dem das Diabolische die Oberhand gewinnt; in dem ein Mensch bereit ist, zu töten, das eigene Leben zu opfern für eine vermeintlich größere Sache. Bei Anis Amri ist dieser Punkt im September oder Oktober 2016 erreicht.

Die Ermittler merken davon: nichts.

Schlimmer noch: Während der Erregungspegel bei Amri steigt, sinkt er bei den Behörden. Amri löst sich vor ihren Augen in nichts auf. Von September an wissen weder die Berliner noch die Nordrhein-Westfalen, wo er sich aufhält. Vom BKA ganz zu schweigen. In den Besprechungen im GTAZ ist Amri nur noch ein Name auf einer Liste.

In den Wochen zuvor gab es in den Behörden zwei Fraktionen: Einige Ermittler glaubten, Amri habe alle Anschlagpläne fallen gelassen, weil er während des Opferfestes weder am Morgengebete noch an der rituellen Schlachtung teilnahm und weil er Drogen konsumierte. Die andere Fraktion befürchtete Schlimmes. Amri und seine Freunde in der Berliner Fussilet-Moschee zeigten eine »gruppenspezifische Steigerung des Gewaltverhaltens«, es bestehe die Gefahr, dass er »in den Untergrund abtaucht«, heißt es in einem Vermerk des Berliner LKA.

Genau so kommt es. Amri hat sich aus dem Drogenmilieu gelöst. Er lebt jetzt halal, weitgehend jedenfalls. Auf seinem Handy finden die Ermittler später eine beachtliche Sammlung von Pornofilmen. Die Zugriffsprotokolle zeigen, dass er im Oktober aufhört, sie anzusehen. Man könnte sagen, dass er sich zur Vorbereitung der finalen Tat diszipliniert.

Dann erhalten die deutschen Behörden unerwartet eine letzte Chance.

Am 19. September hatte sich erstmals der marokkanische Geheimdienst DGST beim BKA gemeldet und zwei Fotos von Amri geschickt, auf einem steht er als Jugendlicher auf einem Platz, vermutlich in Tunesien. Das andere zeigt ihn mit Bart

und Kopfbedeckung und wurde wohl kürzlich aufgenommen. Der islamonauten tunisien, wie die Marokkaner Amri nennen, habe sich »zum ›Islamischen Staat‹ bekannt«, hieß es im Begleitschreiben, er habe »einen Plan, zu dem er keine weiteren Einzelheiten nennen will«. Amri hege den »Wunsch, sich dem IS im syrisch-irakischen Gebiet oder in Libyen anzuschließen«.

Vier Wochen später meldete sich der DGST erneut. Die Marokkaner übermittelten den Deutschen eine neue Handynummer Amris, sie notierten, er stehe »mit Dschihad-Anwärttern in Kontakt, die sich zum IS bekennen«.

Dem Schreiben beigelegt waren Kopien von Fotos, die Amri und seine Freunde zeigen, einen russischen Islamisten, einen Deutschmarokkaner, der mit einer Axt posiert, Kämpfer mit der schwarzen Fahne des IS, dazu einen angeblichen Cousin von Amri, der mit einer Pistole herumfuchtelt. Bilder aus dem Poesiealbum des Dschihad.

Viermal melden sich die Marokkaner insgesamt, das letzte Mal am 17. Oktober 2016. Amri teile sich »seine derzeitige Unterkunft in Berlin mit einem marokkanischen Anhänger von Dschabhat al-Nusra«, einem Ableger von Al-Kaida, heißt es in dem Schreiben. Und sie liefern den ahnungslosen Deutschen sogar den Namen von Amris Mitbewohner: Toufik N., ein grimmig dreinschauender Mann, der den Reportern der ZEIT später die Tür vor der Nase zuschlagen wird.

Bei den Dokumenten habe es sich nicht um eine Warnung, sondern nur um Nachfragen der Marokkaner gehandelt, mit diesen Worten rechtfertigen die deutschen Behörden heute, warum sie den Hinweisen keine besondere Aufmerksamkeit beimaßen.

In Wahrheit machen die Marokkaner, die offenbar eine eigene nachrichtendienstliche Operation in Berlin durchführen, in dem Schreiben klar, dass sie die Gruppe um Amri für gefährlich halten, für eine gewaltbereite Zelle von Islamisten. Mit den Informationen der Marokkaner hätten die Deutschen Amri in der entscheidenden Phase ausfindig machen können. Zwar wird das Bundesamt für Verfassungsschutz bei einer erneuten Sitzung des GTAZ am 2. November damit beauftragt, in Marokko nachzuhaken, wie aktuell die Erkenntnisse sind. Tatsächlich aber fragen die Verfassungsschützer dort nicht noch mal nach.

Das Attentat vom Breitscheidplatz

Am Abend vor dem Anschlag, einem Sonntag, trifft sich Amri zum letzten Mal mit seinem besten Freund; das ergibt sich aus späteren Ermittlungen. Der Mann heißt Bilal Ben Ammar, er ist einer der Tunesier, mit denen Amri aus Italien nach Deutschland einreiste. Ben Ammar gilt ebenfalls als IS-Anhänger, gegen ihn ermittelte die Generalstaatsanwaltschaft Berlin.

Um 21.08 Uhr betreten die beiden das arabische Restaurant Ya Hala in Berlin-Wedding. Sie setzen sich an einen der hinteren Holztische, keine 20 Minuten dauert das Treffen. Was besprechen sie an diesem Abend?

Am nächsten Tag, nur Stunden vor der Todesfahrt, telefonieren die Freunde gegen 14.30 Uhr noch einmal miteinander, das ergibt eine Auswertung von Amris Handy. Wie wahrscheinlich ist es, dass Ben Ammar nichts von dem Anschlag wusste?

Das Friedrich-Krause-Ufer liegt am Berliner Westhafen, eine schmale Straße zwischen einem Kanal und Eisenbahnschienen. Hier parken regelmäßig Lastwagen, oft über Nacht. Anis Amri kennt die Gegend, die Fussilet-Moschee, in der er betet, liegt nur wenige Hundert Meter entfernt. Amri war schon einmal hier, am 15. Dezember. Zeugen haben ihn dabei beobachtet, wie er am Friedrich-Krause-Ufer herumschlich und testete, ob bei einem der Lkw die Türen unverschlossen waren, ohne Erfolg. Die Auswertung seines Handys bestätigt die Aussagen.

Vier Tage später, am Abend des 19. Dezember, betritt Anis Amri um 18.38 Uhr die Fussilet-Moschee, vermutlich betet er ein letztes Mal, bevor er das Gotteshaus um 19.07 Uhr wieder verlässt. Er geht in Richtung Norden, die Perleberger Straße entlang, überquert ein Gleisbett und biegt dann vor dem Kanal links ab ins Friedrich-Krause-Ufer.

Der polnische Lastwagen mit 25 Tonnen Stahl parkt entgegen der Fahrtrichtung, an Laterne 16, direkt gegenüber der Einfahrt von ThyssenKrupp. Der Fahrer des Lasters, Łukasz Urban, bereitet sich gerade auf die Nacht im Lkw vor. Er ist einen Tag zu früh an seinem Zielort angekommen, seine Ladung darf er erst am nächsten Morgen löschen.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Amri öffnet die Tür des Lastwagens. Ein Kampf beginnt. Urbans Körper wird später zahlreiche Hämatome an Gesicht, Brust und Oberarmen aufweisen. Amri zieht eine Pistole, eine Erma EP 552, Kaliber 22, mit der er Łukasz Urban in die linke Schläfe schießt. Er dreht den Schlüssel im Zündschloss, löst die Handbremse. Um 19.34 Uhr fährt der Lkw los. Der Wagen sei auch für einen Laien leicht zu steuern gewesen, sagt der Speditionsbesitzer.

Laut den GPS-Daten des Wagens fährt Amri den Laster durch den Tiergartentunnel, unter dem Regierungsviertel hindurch, am Potsdamer Platz entlang, vorbei an der Neuen Nationalgalerie. Er fährt nicht schneller als 50 km/h, die meiste Zeit langsamer. Dann erreicht er den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche. Er fährt daran vorbei, die Hardenbergstraße entlang, um den Kreisverkehr am Ernst-Reuter-Platz und dann wieder zurück. Um kurz nach 20 Uhr hält er an einer roten Ampel. Als die Ampel auf Grün springt, fährt Amri an. Es ist 20.02 Uhr. Mit rund 15 km/h schiebt sich der Lkw auf den Weihnachtsmarkt. 15 km/h sind nicht besonders schnell, doch an diesem Abend auf dem überfüllten Markt genug, um Menschen zu überrollen und Buden niederzureißen. Die Opfer haben keine Chance.

Amri schafft es nicht, den Wagen stärker zu beschleunigen. Laut einem Ermittler wickelt sich die Lichterkette eines Weihnachtsbaums um die Achse und blockiert das Rad. Der Lkw wird langsamer, zieht nach links durch das Spalier der Buden und kommt auf der Budapester Straße zum Stehen. Amri springt aus dem Führerhaus und rennt zur U-Bahn-Station. Vor einer Überwachungskamera zeigt er einen Islamistengruß, den erhobenen Zeigefinger. Es ist die letzte Spur von Anis Amri in Berlin. Vier Tage später wird er in Italien auf der Flucht erschossen.

An diesem Abend werden 56 Menschen verletzt, einige liegen noch immer im Krankenhaus. Zwölf sterben, unter ihnen: Łukasz Urban, der polnische Lkw-Fahrer, Fabrizia Di L., eine junge Italienerin, die in Berlin lebte, Peter V., Dalia E., das Ehepaar Anna und Gregoriy B., Dorit K. Sechs der Opfer stammen aus Berlin, sechs sind Besucher aus aller Welt.

Die Folgen des Anschlags

Am Abend des Attentats hat Bundesinnenminister Thomas de Maizière seine engsten Mitarbeiter zu einer Weihnachtsfeier in einem Restaurant im Nikolaiviertel geladen, als ihn das Lagezentrum des eigenen Ministeriums anruft. De Maizière verlässt das Lokal, telefoniert mit der Kanzlerin, er ist jetzt Minister für den Ausnahmezustand.

Wo sieht er die Fehler? Drei Monate später sitzt de Maizière in seinem Büro im sechsten Stock des Ministeriums und versucht, die Frage zu beantworten. »Tja«, sagt er. Seine Sätze beginnen sonst nie mit »Tja«. Dann, nach einer Pause, findet er einen Vergleich. Er erzählt von einem Sexualstraftäter, den ein Gutachter für ungefährlich hielt und der deshalb aus dem Gefängnis entlassen wurde. Eine Woche später ermordete der Mann ein Kind. In Amris Fall sei es ähnlich gewesen, sagt de Maizière. Auch hier hätten die Behörden die Gefährlichkeit Amris beurteilt – und »gemeinsam eine sehr bittere Fehleinschätzung getroffen«.

Ein paar Wochen nach der Todesfahrt hat de Maizière Veränderungen angeregt. Er will die Verfassungsschutzbehörden der Länder ins Bundesamt integrieren, das BKA soll »ein Initiativrecht gegenüber anderen Behörden« erhalten, etwa bei Abschiebungen. »Wir brauchen in Fällen wie Amri dringend mehr Verbindlichkeit und Einheitlichkeit im Verhalten der Behörden von Bund und Ländern«, sagt er der ZEIT. De Maizières Vorschläge zielen darauf, den Föderalismus in der Sicherheitspolitik zu stützen, um das Vorgehen zu vereinheitlichen.

In Düsseldorf setzt sich der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) in einem großzügigen Eckbüro des Ministeriums vorne auf die Kante eines schwarzen Ledersessels und sagt sichtlich genervt: »Da passiert so ein verheerender Anschlag, und kurz danach wird der Föderalismus infrage gestellt!« Bei so einem radikalen Umbau wären die Landesbehörden über Jahre nur noch mit sich selbst beschäftigt, glaubt Jäger. »Wir haben die Kompetenzen in der Fläche, wir kennen uns aus. Wofür sollte es gut sein, die Zuständigkeit an den Bund abzugeben?«

De Maizière ist für seine Vorschläge viel kritisiert worden – nicht von der Opposition, nicht von Bürgerrechtsgruppen. Sondern von den Kollegen. Von Jäger. Von Joachim Herrmann, dem bayerischen CSU-Innenminister, der die Ideen

»geradezu abwegig« nannte. Wenn es um Kompetenzen geht, kennen Deutschlands Innenminister keine Parteien, sondern nur eigene Machtinteressen.

Die große Koalition hat sich zumindest darauf geeinigt, einen neuen Straftatbestand einzuführen. Bei ausländischen Gefährdern wird künftig die Abschiebung möglich sein, wenn sie eine »Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands« darstellen; sie sollen auch dann in Abschiebehaft bleiben können, wenn es nicht möglich ist, ihnen Papiere zu beschaffen.

Aber das eigentliche Problem, wie bei Gefährdern die zersplitterten Zuständigkeiten in einem großen, ganzheitlichen Ansatz zusammengeführt werden können, ist nicht gelöst. Das GTAZ war eine Erfindung, die auf die Situation nach dem 11. September 2001 passte, als die Zahl der Terrorverdächtigen in die Dutzenden ging, nicht in die Hunderten. Es ist nicht auf Massenabfertigung ausgelegt.

An einem bitterkalten Wintertag zieht eine Menschenmenge durch das polnische Dorf Banie zum Friedhof. Zu Grabe getragen wird Łukasz Urban, der Lkw-Fahrer.

Die Bundesregierung hat ihren stellvertretenden Botschafter geschickt, aber plötzlich taucht eine zweite deutsche Delegation mit einem Kranz und einer Schärpe aus einer polnischen und einer deutschen Fahne auf. Einer der Männer trägt eine AfD-Nadel am Revers. Es ist Andreas Wild, Politiker der AfD und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Weder er noch seine Begleiter kannten Urban, sie kennen auch seine Angehörigen nicht, aber sie sagen, sie wollten »den Polen beistehen«, die ja nichts dafür könnten, dass die Deutschen Merkel gewählt haben. Auf dem Kranz der AfD steht: »Für unseren Helden«.

Es ist der Versuch, aus dem Anschlag politischen Nutzen zu ziehen.

Zur selben Zeit rufen Anhänger des IS zu weiteren Anschlägen auf. »Beschränkt euch nicht auf Weihnachtsmärkte. Es gibt sehr viele einfache Ziele. Jede Versammlung der Kuffar ist ein Ziel! So steig ein und überfahre sie, oh Löwe!«

Irgendwo da draußen sitzt der nächste Anis Amri und denkt über einen Anschlag nach, gerade jetzt, und Deutschland kann nur hoffen, dass die Männer und Frauen im GTAZ, Raum A242, diesmal die richtige Einschätzung treffen.

Mitarbeit: Sebastian Mondial